

Resolution 1

Energieversorgung sichern, Energiepreise deckeln!

Die Energiekrise in Deutschland droht weiter zu eskalieren. Die Versorgungssicherheit kann aufgrund völlig unzureichender Bundespolitik nicht garantiert werden, das geht über 2022 hinaus. Preissteigerungen von mehreren hundert Prozent belasten Privatverbraucher, Kommunen und Wirtschaft massiv und treiben besonders kleine Unternehmen wie auch große Firmen zum Teil bereits in den Ruin. Die immens hohen Energiepreise katapultieren die Inflation noch weiter nach oben.

Um eine wirtschaftliche Totalkatastrophe, den Abbau von Wohlstand und Sicherheit nicht noch weiter auszuweiten, fordern die FREIEN WÄHLER Bayern unmittelbares Handeln der Ampel-Regierung.

Im Detail fordern die FREIEN WÄHLER die Bundesregierung auf:

1. Zeitnah einen realistischen und nachhaltigen Energieplan bis 2024 vorzulegen, der ohne Ideologie alle jetzt nötigen energiepolitischen Aspekte abdeckt.
2. Erneuerbare Energien sollen weiter massiv fokussiert, gleichzeitig die Bürokratie reduziert werden. Sie sind zentral für eine saubere Energiewende.
3. Sicherheit in der Energieversorgung für die kommenden Jahre zu gewährleisten, indem alte, effektive Kraftwerke, dazu zählen momentan vor allem Kohlekraftwerke, weiterlaufen. Die Erneuerbaren Energien und die dazu benötigte Infrastruktur müssen massiv weiter ausgebaut werden, insbesondere auch Speichertechniken und intelligente Steuerungen.
4. Netzrelevante Atomkraftwerke, bei denen die Sicherheit gewährleistet ist, sollen zunächst bis 2024 am Netz bleiben.
5. Ausländische Abhängigkeiten beim Import von Energieträgern diversifizieren und reduzieren.
6. Einen Energiepreisdeckel unverzüglich (Strompreis 18 Cent/kWh, Gas 8 Cent/kWh) einzuführen sowie die Mehrwertsteuer nicht nur für Gas, sondern auch für Öl und Strom auf 7 Prozent zu senken und den Strom- vom Gaspreis zu entkoppeln (Merit-Order).
7. Den Wechsel von Gas auf andere Energieträger wie Öl oder Biomasse bei Wirtschaft und Privatverbrauchern zu unterstützen.
8. Alternative Energieträger wie Holz, besonders Pellets, zu unterstützen und der massiven Preissteigerung entgegenzuwirken. Außerdem die Energieerzeugung aus Biomasse (z.B. Biogas) zu fördern und nicht abzuwürgen. Hierzu zählt ebenso Wasserkraft; auch kleine Wasserkraftwerke müssen erhalten werden.
9. Wasserstoffherzeugung und Verwendung in Industrie und Mobilität noch deutlicher voranzutreiben und zu fördern. Bayern beabsichtigt, dezentral massiv in die

Wasserstoffproduktion einzusteigen, kurzfristig mindestens ein Elektrolyseur pro Landkreis. Die deutschen Erdgasnetze müssen bis 2025 Wasserstoff transportieren können und dürfen, nicht erst ab 2032.

10. Unverzüglich ein Programm zur Rettung der Wirtschaft aufzuerlegen, um weitere Produktionsrückgänge (derzeit im zweistelligen Prozentbereich) und die damit einhergehende Rezession zu verhindern.

11. Ein Härtefallprogramm für Privatpersonen, Kommunen und die Wirtschaft, vor allem auch für den Mittelstand, aufzulegen.

12. Der Bund muss zwingend Konzepte vorlegen, um den Einfluss der öffentlichen Hand im Bereich Energieversorgung wieder zu verstärken; die Grundversorgung von Energie muss wieder in öffentliche Hand überführt werden.